



## Anfrage

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **V/2011/09998**  
Datum: 10.08.2011  
Bezug-Nummer.  
HHstelle/Kostenstelle: 1.0010.650000/  
0100.7000  
Verfasser: Haupt, Ute

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	31.08.2011 28.09.2011	öffentlich Kenntnisnahme

**Betreff: Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE.) zur gesundheitlichen Für- und Vorsorge von älteren Menschen in Halle (Saale)**

Angesichts der demografischen Entwicklung muss auch die Stadt Halle (Saale) auf entsprechende Bedarfe älterer Menschen reagieren. Eine Herausforderung für die Stadt Halle (Saale) ergibt sich so z.B. für die gesundheitliche Für- und Vorsorge. Im Bericht der Stadtverwaltung „Gesundheitliche Situation älterer Menschen in Erfurt, Halle und Leipzig“, der im November 2007 dem Stadtrat vorgelegt wurde, sind wesentliche Aspekte diesbezüglich analysiert und Handlungsempfehlungen vorgelegt worden.

Auf der Grundlage dieses Berichtes und der aktuellen Situation frage ich:

1. Wie schätzt die Stadtverwaltung die Entwicklung des Bereiches der Geronto- und Alterspsychiatrie in der Stadt Halle (Saale) ein?  
Konnten und können auf alle aktuellen Bedarfe – wie z. B. Anstieg der Betreuungs- und Pflegefälle reagiert werden?
2. Wie schätzt die Stadtverwaltung die medizinische Versorgung im ambulanten Bereich – insbesondere der geriatrischen Versorgung – ein?
3. Besteht aus Sicht der Verwaltung eine Unterversorgung bei Hausärztinnen/Hausärzten?  
Wenn ja, in welchen Stadtteilen?
4. Wie wird sich voraussichtlich die ärztliche Versorgung in den nächsten fünf Jahren entwickeln?  
Was gedenkt die Stadtverwaltung zu unternehmen, um einem möglichen Ärztemangel zu begegnen?

gez. Ute Haupt  
Stadträtin



Stadt Halle (Saale)  
Dezernat III  
Sicherheit, Gesundheit und Sport

15.08.2011

**Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE.) zur gesundheitlichen Für- und  
Vorsorge von älteren Menschen in Halle (Saale), in der Sitzung des Stadtrates am  
31.08.2011  
Vorlagen-Nr.: V/2011/09998**

**Antwort der Verwaltung:**

Aufgrund der umfangreichen Recherchen kann die Anfrage erst in der Sitzung des  
Stadtrates am 28.09.2011 beantwortet werden.

Dr. Bernd Wiegand  
Beigeordneter



Stadt Halle (Saale)  
Dezernat III  
Sicherheit, Gesundheit und Sport

15.09.2011

**Anfrage der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE.), zur gesundheitlichen Für- und  
Vorsorge von älteren Menschen in Halle (Saale), in der Sitzung des Stadtrates am  
31.08.2011**

**Vorlagen-Nr.: V/2011/09998**

Angesichts der demografischen Entwicklung muss auch die Stadt Halle (Saale) auf entsprechende Bedarfe älterer Menschen reagieren. Eine Herausforderung für die Stadt Halle (Saale) ergibt sich so z. B. für die gesundheitliche Für- und Vorsorge. Im Bericht der Stadtverwaltung „Gesundheitliche Situation älterer Menschen in Erfurt, Halle und Leipzig“, der im November 2007 dem Stadtrat vorgelegt wurde, sind wesentliche Aspekte diesbezüglich analysiert und Handlungsempfehlungen vorgelegt worden.

Auf der Grundlage dieses Berichtes und der aktuellen Situation frage ich:

1. Wie schätzt die Stadtverwaltung die Entwicklung des Bereiches der Geronto- und Alterspsychiatrie in der Stadt Halle (Saale) ein?  
Konnten und können auf alle aktuellen Bedarfe - wie z. B. Anstieg der Betreuungs- und Pflegefälle reagiert werden?
2. Wie schätzt die Stadtverwaltung die medizinische Versorgung im ambulanten Bereich - insbesondere der geriatrischen Versorgung - ein?
3. Besteht aus Sicht der Verwaltung eine Unterversorgung bei Hausärztinnen/Hausärzten?  
Wenn ja, in welchen Stadtteilen?
4. Wie wird sich voraussichtlich die ärztliche Versorgung in den nächsten fünf Jahren entwickeln?  
Was gedenkt die Stadtverwaltung zu unternehmen, um einem möglichen Ärztemangel zu begegnen?

**Antwort der Verwaltung:**

1. Von 2006 bis 2010 ist der Anteil der über 65 Jahre alten Menschen in Halle von 20 Prozent auf 25 Prozent gestiegen. Der Anteil wird weiter steigen und mit Wahrscheinlichkeit im Jahr 2025 bei etwa 30 Prozent liegen. Im Alter entwickeln sich zunehmend chronische Erkrankungen, insbesondere dementielle und andere psychische Erkrankungen. Die Beantwortung der Frage muss daher sowohl die Gegenwart als auch die zukünftige Situation berücksichtigen. In der Stadt Halle (Saale) sind gegenwärtig ausreichende Hilfen vorhanden. Tragfähige Vorstellungen zur künftigen kommunalen Altenpolitik sind im Seniorenbericht 2009/2010 „Älter werden in Halle (Saale)“ formuliert. Der Arbeitskreis Gerontopsychiatrie der Psychosozialen Arbeitsgruppe (PSAG) Halle/Saalekreis hat im Sommer 2010 gemeinsam mit niedergelassenen Haus- und Fachärzten, der Geriatrischen Klinik des Diakoniewerkes Halle e. V., der AWO Psychiatriezentrum Halle GmbH, der Universitätsklinik für

Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik sowie des Sozialpsychiatrischen Dienstes am Gesundheitsamt der Stadt Halle (Saale) die „Initiative Demenznetz“ gegründet. Muss man von einer sinkenden Zahl von Hausärzten auch in Halle (Saale) ausgehen, muss die Öffnung der Hilfsangebote der stationären Einrichtungen auch für die ambulante Versorgung das Ziel sein. Dies steht in der Verantwortung der Landes- und Bundespolitik. Die vor der Veröffentlichung stehende und dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) dann vorzulegende „Fortschreibung der Psychiatrieplanung“ geht im Kapitel „Gerontopsychiatrie“ auf alle Aspekte der Versorgung ein.

2. Die medizinische Versorgung im ambulanten Bereich ist ausreichend, auf Sachsen-Anhalt bezogen gut.
3. Aus der Sicht der Stadt Halle (Saale) besteht keine Unterversorgung der Bevölkerung mit Hausärztinnen/Hausärzten. Es besteht allerdings eine unterschiedliche Dichte der Arztpraxen in den einzelnen Stadtbezirken. Danach ist im Stadtbezirk Mitte die geringste Einwohnerzahl/Hausarzt und in den Stadtbezirken Ost und West die höchste Einwohnerzahl/Hausarzt. Im Stadtbezirk Süd ist das Verhältnis nahezu gleich geblieben. In Halle besteht über alle Fachrichtungen hinweg ein Versorgungsgrad von 110 Prozent und mehr (Bedarfsplanung in der versorgungsärztlichen Versorgung 194. Fortschreibung 09/11). Gemäß § 103 Abs. 1 SGB V ist danach eine Überversorgung bei allen Facharztgruppen in Halle (Saale) festgestellt worden und eine Zulassungsbeschränkung angeordnet worden. Die Zulassungsbeschränkung gilt in ganz Sachsen-Anhalt nicht für Hausärzte. Gegenwärtig ist es nicht möglich, einen konkreten Niederlassungsort innerhalb eines Versorgungsbezirkes vorzuschreiben.
4. Bundesweit wird davon ausgegangen, dass in den nächsten zehn Jahren etwa 52.000 Ärztinnen und Ärzte im ambulanten Bereich und 20.000 Ärztinnen und Ärzte im stationären Bereich benötigt werden. Der deutsche Fakultätentag geht davon aus, dass im gleichen Zeitraum etwa 100.000 Ärztinnen und Ärzte ausgebildet werden. Erfahrungsgemäß gehen der kurativen Medizin davon 10 Prozent verloren. Insgesamt wäre damit mit einer gleichbleibenden Versorgung zu rechnen. Die Stadt Halle (Saale) hat keine unmittelbaren Zugriffsmöglichkeiten auf den Standort von Arztpraxen. Finanzielle Anreize, wie sie von der Kassenärztlichen Vereinigung bei Niederlassung in unterversorgten Gebieten angeboten werden, sind nicht möglich, da gegenwärtig keine Unterversorgung besteht.

Dr. Bernd Wiegand  
Beigeordneter